

Sehr geehrter Herr Meesters

Danke für Ihren Leserbrief («Kifferhochburg statt Patientenbedarf?»). Ich weiss, dass sehr viele Menschen in Liechtenstein aus gesundheitlichen Gründen Cannabis rauchen. Meist nehmen diese Patienten eh schon sehr viele Medikamente - und so können sie es wenigstens bei nur einigen zeitgleich einzunehmenden «Medis» belassen. Leider können sie dann nicht auf den Rauschzustand verzichten. Und wegen des geltenden Rechts sitzt ih-

nen die Angst im Nacken ...

Die Regierung spricht immer wieder von Souveränität und Innovation. Wenn diese zwei Begriffe in Liechtenstein als vorbildlich gelten, dann sollte die Regierung einmal als Vorbild fungieren.

So spricht sie von etwas, von dem sie keine Ahnung hat. Redet den Liechtensteinern etwa ein, sie gingen zu viel zum Arzt. Darum würden die Krankenkassenprämien steigen. Das ist natürlich die einfachste Erklärung.

Dronabinol kostet in Österreich zwischen 60 und 120 Euro. (Es kommt darauf, an in welchem Zustand man es kauft.) Ein Milligramm Marinol kostet je nach Packungsgrösse etwa 3 bis 5 Euro. Und ist damit etwa 50 Mal teurer als THC in natürlicher Form (Marihuana, Haschisch). Der Apothekenabgabepreis für 60 Kapseln zu 2,5 Milligramm (mg; das entspricht also 150 mg) beträgt bei Bezug über Chilla Pharma 534 Euro. 25 Kapseln zu 5 mg (125 mg) kosten 450 Euro, 60 Kapseln zu 10 mg (600 mg) 1681 Euro. Dronabinol von THC Pharm beziehungsweise Delta 9 Pharma kostet weniger als ein Drittel des Preises von Marinol. 500 mg Dronabinol kosten den Apotheker 210 Euro, den Patienten aber etwa 465 Euro.

Es steht übrigens nirgends, das Liechtenstein kein eigenes Gesetz erlassen kann. Warum nicht mal etwas selbstständig anpacken?

Ein Problem diesbezüglich: Die Landtagsabgeordneten haben oder wollen keine Ahnung von Drogen haben. Von solchen Abhängigen, also auch Alkoholiker, gibt es ja keine

in Liechtenstein. Auch keine Arbeitenden, die zu wenig Lohn zum Leben «verdienen». Und die Mieten steigen zwar ins Unendliche, aber auch dieses Problem gibt es natürlich nicht. Ebenfalls kein Problem, mit ihrem «Einkommen» auszukommen, haben **Rentner, IV- und Sozialhilfe-Empfänger**. Da gilt: «Spare in der Not, dann hast du auch Zeit.»

Dann noch all die anderen Probleme, etwa beim Thema «Wohnen im Alter» etc.

Die Regierung zögert Lösungen so lange hinaus, wie es nur möglich ist. Ob ein Regierungsrat jetzt was macht oder vier Jahre nur darüber spricht, macht anscheinend für niemanden einen Unterschied. So wie beim Strassenbau - oder der Trennung von Staat und Kirche.

Susanne Ospelt,
Rüfenstrasse 5, Schaanwald

www.volksblatt.li